

Folgen der COVID-19-Pandemie für die EU-Haushalte

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK: Die Krise um das Coronavirus SARS-CoV-2 wird allem Anschein nach noch einige Monate andauern. Während derzeit die Folgen in Bezug auf die persönliche Gesundheit und die Funktionalität des Gesundheitssystems im Vordergrund stehen, werden innerhalb der nächsten Monate auch mehr und mehr die wirtschaftlichen Konsequenzen zum Tragen kommen. Die Schwierigkeiten für die weltweiten Volkswirtschaften werden aller Voraussicht nach größer als die nach den vergangenen Wirtschaftskrisen sein.

von: Jan Ehlert, Referat Wirtschaft und Finanzpolitik



„Es ist wichtig, dass wir gerade in dieser Zeit, in der der gesamte Globus vom Coronavirus SARS-CoV-2 betroffen ist, eine neue Solidarität zeigen. Nationale Interessen sollten nicht die treibende Kraft sein.“ Jan Ehlert Während der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2009 ist die deutsche Wirtschaftsleistung um 5 Prozent zurückgegangen. Aktuelle Einschätzungen der Bundesregierung und verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass die gegenwärtige Krise einen noch größeren Effekt haben könnte. Wenn wir zur Vereinfachung davon ausgehen, dass eine Volkswirtschaft über ein Jahr hinweg gleichmäßig produziert, dann bedeutet der komplette Wegfall eines Monats eine Reduktion in Produktionsleistung von einem Zwölftel, also etwa 8,3 Prozent. Gleiches gilt, wenn zwei Monate lang mit halber Leistung produziert wird. Derzeit beobachten wir, dass die deutsche Wirtschaft in weiten Teilen die Produktionskapazitäten erheblich reduziert hat. Gleichzeitig führt die Zielsetzung des Abflachens der Infiziertenkurve, obgleich gesundheitspolitisch sinnvoll, notwendigerweise dazu, dass Unternehmen damit rechnen müssen, auch über einen längeren Zeitraum erheblich reduzierte Wirtschaftsleistungen erzielen zu können. Viele Länder und supranationale Organisationen wie die Europäische Zentralbank (EZB) haben deswegen bereits wirtschaftliche Maßnahmen angekündigt. Deutschland wird in der Lage sein, durch ein massives Konjunkturpaket große Teile des Schocks abfedern zu können. Die Sparpolitik der vergangenen Jahre sorgt jetzt dafür, dass Deutschland haushaltspolitisch viele Möglichkeiten offen stehen.

Internationale Solidarität ist nötig

Das sieht allerdings in vielen Ländern anders aus. In der Eurozone hat gerade das vom Virus zum jetzigen Zeitpunkt besonders schwer betroffene Italien völlig andere Voraussetzungen. Mit einer Staatsverschuldung von über 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind die fiskalischen Möglichkeiten der italienischen Regierung erheblich beschränkt. Alleine durch die Reduktion der Wirtschaftsleistung wird diese Quote wohl auf über 140 Prozent ansteigen. Die Kosten eines dringend notwendigen Konjunkturpaketes zum Wiederaufbau nach der Krise werden noch einmal signifikante Schuldenerhöhungen mit sich bringen müssen. Allerdings gehen alle diese Bewegungen mit einer Gleichzeitigkeit auf dem Anleihenmarkt einher. Die massiven Herausforderungen, vor denen sich Italien sieht, tragen dazu bei, dass die Refinanzierungskosten durch höhere Zinsen steigen. Ein solches Szenario ist nachhaltig nicht aufrechtzuerhalten. In dieser Situation ist Italien nicht alleine. Auch Spanien scheint derzeit auf einem ähnlichen Kurs zu sein, dort liegt die https://www.zgv.info/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=639ec47f1fa256f4c89a07605fc0aebf

08-12-25

Zentrum Gesellschaftlicher Verantwortung der EKHN: Folgen der COVID-19-Pandemie für die EU-Haushalte
Staatschuldenquote befristet 100 Prozent. In vielen anderen Ländern ist die Lage nach einer andauernden konjunkturellen Flaute bisher noch kaum abzusehen. Eines steht jedoch fest: In der jetzigen Lage ist es dringend erforderlich, dass es eine internationale Solidarisierung innerhalb der Eurozone gibt. Die Möglichkeiten dazu werden gerade in den entsprechenden Gremien umfassend diskutiert, seien es eine Verstärkung des Anlagenkaufs der letzten Jahre, durch sogenanntes Quantitative Easing, oder eine Erweiterung des Ankaufs kurzfristiger Anleihen von Staaten im Euro-Währungsgebiet, sogenannte geldpolitische Outrightgeschäfte, oder gar ein Helikoptergeld. Letzteres bedeutet, dass neues Geld geschaffen wird, welches direkt an den Bürger ausgegeben wird. Welche Mittel am besten geeignet sind, gilt es jetzt für die Akteure in den Zentralbanken und Regierungen zu beraten. Die Wahl des geeigneten Mittels und schnelles, geeintes Handeln sind jetzt von großer Bedeutung. Nur so kann ein dauerhaftes Einbrechen der Wirtschaft und eine Destabilisierung der Sozialsysteme in Europa verhindert werden. Es ist wichtig, dass wir gerade in dieser Zeit, in der der gesamte Globus vom Coronavirus SARS-CoV-2 betroffen ist, eine neue Solidarität zeigen. Nationale Interessen sollten nicht die treibende Kraft sein. Nur so wird es zu schaffen sein, das wirtschaftliche Handeln auf der gesamten Welt wieder ankurbeln zu können.

PERSPEKTIEFE ONLINE

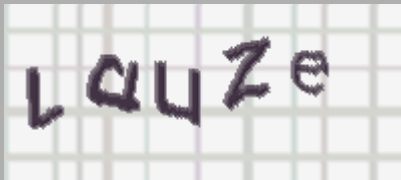
Info-Abo

Aktuelles per E-Mail

☐ Ich bestelle den dreimal jährlich erscheinenden, kostenlosen Newsletter PERSPEKTIEFE.

E-Mail-Adresse eingeben:

Bitte geben Sie hier das Wort ein, das im Bild angezeigt wird. Dies dient der Spam-Abwehr.



Wenn Sie das Wort nicht lesen können, **bitte**

[hier klicken](#).

[Bestellung abschicken](#)

Um ein bereits bestehendes Info-Abo zu bearbeiten oder zu kündigen klicken Sie bitte **hier**.

Schutz Ihrer Daten

08-12-25

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Folgen der COVID-19-Pandemie für die EU-Haushalte

Archiv

PERSPEKTIEFE 66, SEPTEMBER 2025

THEMA: Bürokratie und Verwaltung (66/2025)[link](#)

PERSPEKTIEFE 65, APRIL 2025

THEMA: Was erhoffen Sie sich von der Politik? (65/2025)[link](#)

PERSPEKTIEFE 64, DEZEMBER 2024

THEMA: Gemeinsame Sache machen! Kirche im Gemeinwesen
(64/2024)[link](#)

[WEITERE AUSGABEN](#)

© 2023 - Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN